

**Betr. Koalitionsvertrag: "Lob und Enttäuschung",
Kernenergie ist Brückentechnologie.**

Die Politik hat im Gegensatz zur Naturwissenschaft den unschätzbaren Vorteil, dass man Probleme durch geschickte Wortwahl bereits einvernehmlich lösen, oder zumindest ohne Änderung der bestehenden Fakten umgehen kann. Dies gelingt nun unserer neuen Bundesregierung mit der politischen Neudefinition der deutschen Kernenergie-Stromerzeugung als "Brückentechnologie" perfekt. Es heißt nun: "...bis erneuerbare Energien sie verlässlich ersetzen können". Dies ist, wie jeder Sachkundige weiß, mangels verlässlichem Sonnenschein und Windstärke 6 über 24 Stunden eines jeden Tages im Jahr und angesichts der zusätzlichen Kosten für die Stromspeicherung wohl auch in 1000 Jahren ganz sicher nicht der Fall. Die Politik hat eine Brücke gebaut, deren anderes Ufer jenseits der Sichtweite liegt. Damit ist die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland besser abgesichert, als in jedem anderen Land unserer Erde, wo dies nie in Frage gestellt wurde. Eine Brücke benötigt allerdings immer zwei Widerlager, daher ist das Neubauverbot von Kernkraftwerken spätestens dann, wenn die ersten wegen Erreichen der Altersgrenze abgeschaltet werden müssen, nicht mehr zu halten. Nun könnten sogar die Grünen mitmachen, was ja bereits in der Stadt und der Städtereion Aachen erprobt wird.

Vielleicht ist das der "normativen Kraft des Faktischen" aus den 68'er Jahren geschuldet.

"Wachstum, Bildung, Zusammenhalt."
lautet der Titel des Regierungsprogramms auf 130 Seiten. Foto: ddp

**Frage: Wann wird der Windstrom verlässlich?
Wohl nur:
plus Gaskraftwerke!**

Koalitionsvertrag: Lob und Enttäuschung

Die Wirtschaft begrüßt den schwarz-gelben Koalitionsvertrag, hat aber noch Wünsche. Die Gewerkschaften sehen schwere Fehler.

Von Corinna Visser 26.10.2009 0:00 Uhr, Tagesspiegel
Berlin - Die Wirtschaft hat den schwarz-gelben Koalitionsvertrag überwiegend positiv aufgenommen. Die Verbände hoben jedoch hervor, dass es nun vor allem auf die Umsetzung ankomme. Zudem forderten sie mehr Mut zu Reformen. Kritik gab es dagegen von Gewerkschaften und Umweltverbänden. Viele Entscheidungen müssten als Angriff auf den Sozialstaat gewertet werden, erklärte der DGB. Vor einer „gefährlichen Entstaatlichung und einer Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ warnte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.

Für den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, weist der Vertrag in die richtige Richtung. Es sei aber enttäuschend, „dass die Regierungsparteien nicht den Mut hatten, auf breiter Ebene in die steuerliche Forschungsförderung einzusteigen. Die Förderung von Innovation ist entscheidend für den Erfolg Deutschlands im internationalen Wettbewerb.“

...
Die Deutsche Umwelthilfe stellte in ihrer Analyse des Koalitionsvertrags fest, dass es für eine klimaverträgliche Energiepolitik nicht ausreichte, das Zeitalter der regenerativen Energien auszurufen und ansonsten alte Atom- und neue Kohlekraftwerke unter dem Sammelbegriff „notwendige Brückentechnologien“ zu verstecken. Der Versuch der neuen Bundesregierung, es allen recht zu machen, außer den Atomkraftgegnern, sei zum Scheitern verurteilt.

...
Der Verband der Chemischen Industrie hob hervor, dass die neue Regierung Zukunftstechnologien wie die Nanotechnologie fördern will.